

Heute 2. Teil:

Wie könnte ein Konzept für Lage zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels aussehen, das sich aus den Analyseergebnissen für die Stadt Lage und deren „besonderen Eigenschaften“ ergibt?

Die Behandlung dieser Fragen hatten wir Ihnen in unserem letzten Beitrag angekündigt, und damit wollen wir uns heute ein wenig beschäftigen.

Die genaue Auswertung einer Analyse der konkreten Situation einer Stadt bedarf eines sehr hohen Aufwandes und muss von Fachleuten geleistet werden, die die fachwissenschaftliche Methodik perfekt beherrschen und Handwerkszeug und genügend Mittel zur Verfügung haben. Wir können angesichts unserer bescheidenen Möglichkeiten auch hier wiederum nur ein oder zwei Gesichtspunkte herausnehmen und exemplarisch zeigen, wie man es machen könnte.

Greifen wir aus den im vorherigen Beitrag 5 gelieferten ausgewählten Analyseergebnissen also einmal etwas heraus, was besonders signifikant ist. Was bietet sich an?

Zum Beispiel:

In dem Schaubild der Bertelsmann – Stiftung aus unserem letzten Beitrag, das den Vergleich zur Nachbarstadt Lemgo zeigt, wird deutlich, dass die Stadt Lage:

- einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Einpersonen - Haushalten hat,
- dass der Anteil der unter Achtzehnjährigen überdurchschnittlich hoch ist,
- dass die SGB II – Quote* deutlich überdurchschnittlich ist
- und dass (sicher auch deswegen) die Kaufkraft der Einwohnerschaft insgesamt deutlich unterdurchschnittlich ist.

[* „SGB II – Quote“ = Anzahl bzw. Quote der Empfänger/-innen von Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende, auch „Hartz IV“ genannt]

Was könnte sich, vorläufig einmal relativ isoliert betrachtet, aus diesen Gesichtspunkten als eine mögliche Planungs- und Handlungsmaxime für die Stadt Lage ergeben?

Positiv formuliert:

Es müsste zuerst einmal alles Mögliche getan werden, um die heute unter Achtzehnjährigen auch später am Wohnort zu halten, soweit das möglich ist, da sie die künftige Bevölkerungszahl und Altersstruktur (angesichts der grundsätzlich eher negativen Umstände) **relativ** positiv beeinflussen. Das bedeutet u. a.: Versuche der Sicherstellung von Schulangeboten, Arbeitsplatz- und Ausbildungsangeboten, Kultur- und Unterhaltungsangeboten, Wohnungsangeboten, Freizeitangeboten, Sportangeboten, Erholungsangeboten, Selbstverständlich wird das nicht in jedem Einzelfall möglich sein, beispielsweise dann nicht, wenn jüngere Menschen nach dem Abitur in eine fremde Stadt zum Studium ziehen o. ä., denn dann sind sie auch durch „Zusatzangebote“ kaum noch zu halten. Aber grundsätzlich **müssten wesentliche Maßnahmen dem Ziel dienen, so viel jüngere Menschen wie möglich am Ort zu halten** – möglichst sogar ein Leben lang. Denn wenn kein Zuwachs (durch vermehrte Geburten oder Zuzüge etc.) zu erwarten ist, muss **Bestandssicherung in möglichst hohem Ausmaß** das Ziel sein.

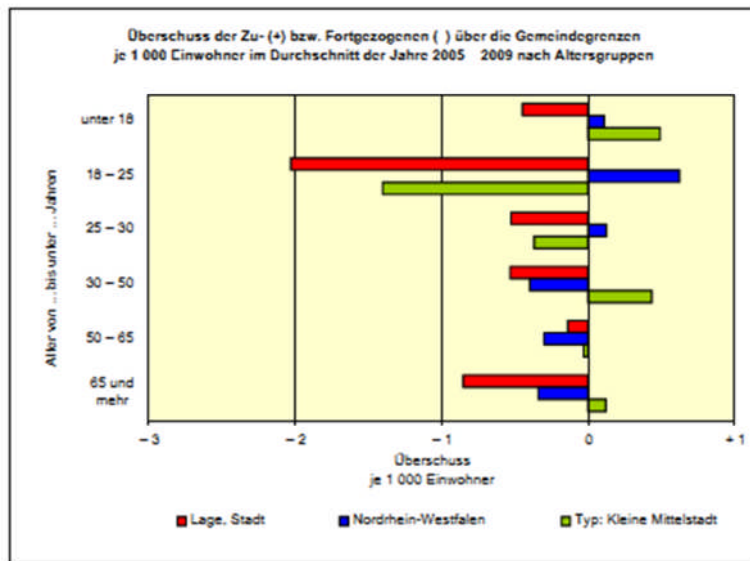
Negativ (bzw. umgekehrt) formuliert:

Es muss möglichst alles vermieden werden, was die Jüngeren zum Wegziehen bewegen könnte. Das ist nämlich leider bislang nicht gelungen, wie eine andere Statistik belegt, in der

die hohe Quote der „Fortzüge weg aus Lage“ auch schon der unter 18-Jährigen, vor allem aber der zwischen 18- und 25-Jährigen deutlich wird:

Wanderungen über die Gemeindegrenzen im Durchschnitt der Jahre 2005 – 2009

Zu- bzw. Fortgezogene	Betrachtungsgebiet		Alle Gemeinden des			
	Anzahl	%	Kreises	Reg.-Bez.	Landes	gleichen Typs
Fortgezogene insgesamt	1 707	100	100	100	100	100
davon im Alter von ... Jahren						
unter 18	298	17,4	16,5	15,1	14,4	15,3
18 bis unter 25	378	22,2	22,4	21,8	19,1	20,8
25 bis unter 30	279	16,3	16,5	17,8	17,1	16,0
30 bis unter 50	507	29,7	30,3	32,4	34,9	33,2
50 bis unter 65	134	7,8	7,8	7,3	8,5	8,6
65 und mehr	111	6,5	6,5	5,6	6,0	6,1
18 bis unter 65	1 298	76,0	77,0	79,3	79,6	78,6
Nichtdeutsche	254	14,9	14,0	19,9	23,6	19,2



IT.NRW, Landesdatenbank, Stand: 26.11.2010

„Kommunalprofil Stadt Lage“; in: *Information und Technik NRW, Geschäftsbereich Statistik, Düsseldorf, Stand 26.11.201, S. 9*

Man sieht auch an diesem Schaubild, dass gerade in der wichtigen Gruppe der 18- bis 25-Jährigen in Lage eine überdurchschnittlich hohe „Auswanderungsrate“ festzustellen ist. Hier müsste man dringend den Ursachen auf den Grund gehen und eine Verbesserung der Bedingungen versuchen.

Aus den zu Beginn benannten Analysemerkmalen ließe sich weiterhin entnehmen, dass es schon wegen der **fehlenden finanziellen Möglichkeiten einer großen Klientel** wenig Sinn machen würde, eine erhöhte Anzahl an relativ teuren oder luxuriösen Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Wohnungen zu schaffen (schon gar nicht in Außenbereichen) oder (worauf wahrscheinlich sowieso niemand gekommen wäre) „Luxusgeschäfte“ in Lage anzusiedeln. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass es nicht **auch** den Bedarf **dafür** gibt. Aber wenn man nicht irgendwelche Illusionen, sondern die Realität als Grundlage für die Stadtplanung nehmen will, müsste der Schwerpunkt für Lage nach den oben benannten Indizien darauf liegen, preiswerten, dennoch qualitativ ansprechenden kleineren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können („Einpersonen – Haushalte“), also eher kleine, aber nicht zu teure Wohnungen, möglichst in zentraler Lage mit den entsprechenden Einkaufsmöglichkeiten mindestens für den Grundbedarf. Für Familien müssten ebenso

bezahlbare, aber entsprechend größere Wohnungen zur Verfügung stehen, wegen der besser zur Verfügung zu stellenden Betreuungs- und Schulangebote und des neuen Trends „Zurück in die Stadt“ möglichst viele ebenfalls in zentraler Lage.

„Schaffung von neuem Wohnraum, bedarfsgerecht und attraktiv“ scheint auf den ersten Blick den Forderungen nach Schonung von Ressourcen und Einschränkung des Flächenverbrauchs zuwider zu laufen. Aber das täuscht: Wenn Stadtplaner und Architekten den fälligen Paradigmenwechsel verinnerlicht haben, betitelt z. B. mit „Umbau statt Ausbau“ oder „Innenbereich vor Außenbereich“ etc., wenn es weiterhin ein funktionierendes Leerstandsmanagement gibt, kann mindestens ein sehr großer Teil des oben skizzierten Wohnraumbedarfs in zentraler Lage aus jetzigem Altbestand oder Leerstand oder Umwidmung gedeckt werden. Das gilt vom Prinzip her in vermindertem Maße auch für die Ortsteile bzw. für die Bürgerinnen und Bürger, die nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande wohnen möchten. Also: **Für den „Fortbestand“ der Stadt Lage nützt es in einer solchen spezifischen Situation nichts, sondern schadet nur, immer mehr Neubaugebiete in Außenbereichen zu präsentieren, weil dadurch der in Lage herrschenden Bevölkerungssituation und den sich daraus ergebenden Bedürfnissen nicht Rechnung getragen wird, statt dessen aber zukünftige Folgekosten produziert werden.**

*Zwischenfrage: Was ergibt sich generell für die **Ortsteile** aus einer Konzentration auf den Innenbereich und die Innenstadt? Hungern sie demnächst komplett aus, weil sie nichts mehr anbieten können, wenn sich zukünftig doch alles in den Innenstädten abspielt?*

Wenn die Bevölkerungszahl insgesamt geringer wird und zudem eine Konzentration in den Innenbereichen und den Städten stattfindet, kann es gar nicht ausbleiben, dass auch und vor allem die Bevölkerungszahl in den Ortsteilen geringer wird. Wenn man der Bevölkerung nichts vormachen will, sondern sie in transparenter Weise auf dem Weg der Bewältigung der Folgen der demographischen Entwicklung mitnehmen will (siehe dazu unseren „Schritt 2“!), muss man diese Fakten zur Kenntnis nehmen und auch kommunizieren.

*Das heißt aber nicht, dass die Ortsteile „aushungern“! Es wird sich auch in Zukunft nicht **alles** in den Innenstädten abspielen, sondern es wird weiterhin auch viele Menschen geben, die nicht in den Innenstädten, sondern außerhalb und in den Ortsteilen leben möchten. Aber die Ortsteile müssen sich in spezifischer, aber wahrscheinlich reduzierter Form auf andere Art und Weise „attraktiv“ machen, um wenigstens bestimmte Standards halten zu können. Mit diesem Punkt werden wir uns noch in einem gesonderten Beitrag beschäftigen.*

2. Beispiel: Befassen wir uns für heute erst einmal noch mit einem weiteren Bereich, um zu zeigen, wie man für die Stadt Lage aus Analyseerkenntnissen ein mögliches Konzept für den Umgang damit entwickeln kann. Wir nehmen dazu einen Bereich, zu dem es – endlich einmal – in Lage wenigstens bereits gewisse erste Gedanken, Absichtserklärungen und wohl auch Ergebnisse gibt.

Es handelt sich um den Bereich der **Vorsorge für eine immer älter werdende Gesellschaft**:

Lage. „Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung“ ist der etwas sperrige Titel, unter dem die zu erwartenden Veränderungen untersucht werden. Den Mitgliedern des Sozialausschusses stellten Torsten Fisahn, IT-Fachteamleiter, und Corinna Vogt vom Fachteam Sozialverwaltung jetzt erste Ergebnisse vor, in denen es um die Auswirkungen der Sozialstruktur durch die demografische Entwicklung geht.

Eine erste Erkenntnis daraus lautet: Die kommunale Seniorenpolitik muss sich neu ausrichten. Sie muss laut Fisahn die Wohnsituation, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Versorgungsstrukturen im Blick haben. Man müsse kleinteilig und dezentral denken und die Betroffenen am Prozess beteiligen.

(...)

Das Verhältnis der Rentner zur Erwerbsbevölkerung ist in Lage überdurchschnittlich hoch: Landesweit liegt dieser Quotient bei 33, in Lage bei 38. Hinzu komme, dass Lippe und Lage Abwanderungsregionen seien: Junge Leute verließen die Stadt und kämen vielfach später nicht zurück. Dieser Anteil liegt nach Fisahns Worten lippeweit bei 20,8 Prozent, für Lage sogar bei 23,5 Prozent.

Für eine überalterte Sied-

lung bedeutet das: Immer mehr Ältere wohnen zu zweit, schließlich allein in zu großen, energetisch mangelhaften Häusern. Nachbarn sterben, die Nachbarschaftshilfe wird weniger, es drohen Vereinsamung und leere Straßenzüge. „Man muss versuchen, junge Menschen in die Quartiere zu bekommen“, so Fisahn.

Diese müssen dazu natürlich attraktiv und mit entsprechender Infrastruktur ausgestattet werden.

Das sind Auszüge aus einem Artikel von **Dieter Asbrock aus der LZ vom 28. November 2012**. Berichtet wird über eine Sitzung des Sozialausschusses, die kurz vorher stattgefunden hat.

Hier haben wir sowohl **Analyseergebnisse hinsichtlich der Situation in der Stadt Lage** vorliegen („*Verhältnis der Rentner zur Erwerbsbevölkerung ist in Lage überdurchschnittlich hoch*“, „*dass Lippe und Lage Abwanderungsregionen seien*“, „*immer mehr Ältere wohnen zu zweit, (...), es drohen Vereinsamung und leere Straßenzüge*“) **als auch bereits erste Ansätze für Konzepte und Zielsetzungen** („*kleinteilig und dezentral denken und die Betroffenen am Prozess beteiligten, (...), versuchen, junge Menschen in die Quartiere zu bekommen, [die Quartiere] müssen dazu ... attraktiv und mit entsprechender Infrastruktur ausgestattet werden*“).

Auch an diesem Beispiel, hier aus dem Bereich der Altenvorsorge, sieht man, wie es prinzipiell gemacht werden kann und gemacht werden muss.

Das waren heute zwei Beispiele dafür, wie man zuerst eine Situation analysiert, dann die Analysen auswertet und daraus ein Konzept bzw. eine Zielsetzung für eine Stadt gewinnt. Das ist das, was wir zeigen wollten und wollen. Denn so, und nur so, kann eine Stadt wie Lage die Folgen der demographischen Entwicklung einigermaßen verträglich bewältigen.

[Fortsetzung folgt!]